

# **Freundeskreis Palast der Republik**

Mitglied im  
Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.

## **Erklärung des Freundeskreises Palast der Republik zum 25. Jahrestag der Schließung des Palastes der Republik.**

Am 19. September 1990 wurde der Palast der Republik unter dubiosen, bis heute nicht eindeutig geklärten Umständen für die Öffentlichkeit und die Palastmitarbeiter überraschend geschlossen. Damit wurde die politisch gewollte Beseitigung dieses Volkshauses der DDR mit seinen großartigen Möglichkeiten eingeleitet.

Als regierungsamtliches und medial verbreitetes Argument der Schließung wurde die Asbestbelastung benutzt. Glaubwürdig war es nicht.

Medienberichten zur Folge waren ca. 4.000 öffentliche Gebäude in Berlin Asbest belastet.

Die Palastmitarbeiter durften das Haus nicht mehr betreten, die Abgeordneten der Volkskammer, mit der Sturzgeburt des sogenannten Einigungsvertrages beschäftigt, zogen in ein Gebäude, dessen Räume ebenso, wenn nicht noch höher Asbest belastet waren.

Die Palastbesucher standen verständnislos vor verschlossenen Türen.

Die Asbestbelastung lag in beiden Gebäuden jedoch im unteren Bereich der gesetzlich festgelegten Werte.

Das alles geschah wenige Tage vor dem 3. Oktober, dem Tag der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.

Die politische Verantwortung dafür liegt bei der damaligen DDR – Regierung unter Lothar de Maiziere.

Deren erklärtes Ziel war es, sich selbst abzuschaffen.

So entzog sich diese Regierung den Vorwurf des Wahlbetrugs und des Hochverrats.

Frühzeitig, im Jahre 1993, wurden von den CDU - Oberen die Weichen auf Abriss gestellt.

Legitimiert waren sie dazu nicht.

Beteiligt an dieser Absicht waren später auch führende SPD - Politiker und sogenannte Bürgerrechtler der DDR, deren blinder Hass auf alles, was die DDR an positiven Eigenschaften hervorbrachte, kaum zu übersehen war und ist.

Dieses international anerkannte Volkshaus der DDR auf dem damaligen Marx – Engels - Platz im Zentrum Berlins war ihnen ein Dorn im Auge.

Nichts sollte dort an die DDR erinnern, an den Staat, in dem das Großkapital Macht und Verfügungsgewalt verloren hatten.

Ihren angeblichen Ruf als „Volkspartei“ haben diese Parteien damit am konkreten Beispiel selbst ad absurdum geführt.

Der Protest gegen die Absichten, den Palast der Republik zu vernichten formierte sich.

Hunderte von Protestveranstaltungen, Mahnwachen und andere Veranstaltungen gegen den Palastabbriss brachten die massenhafte Empörung der Bevölkerung zum Ausdruck.

100.000 Pro Palast – Unterschriften wurden dem Bundestag übergeben.

Dessen Petitionsausschuss reagierte darauf mit der Empfehlung an die Bundesregierung, den Palast der Republik zu erhalten.

Die Bundesregierung negierte diese Empfehlung.

Gesprächsangebote mit Palastbefürwortern wurden abgelehnt, auf deren Fragen und Forderungen nicht reagiert.

In unsäglicher Arroganz wurden die Proteste der Palastbefürworter von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, SPD, FDP und teilweise auch der Grünen einschließlich der finanziellen Konsequenzen für die Steuerzahler missachtet.

Die Mehrzahl dieser Volksvertreter kannten dieses Volkshaus aus eigener Anschauung nicht.

Der Protest wurde über Jahre hinweg geführt.

Die Zwischennutzung des Palastes ab 2003 führte zu einem unerwartet positiven Echo.

Dieser Protest gegen die Palastvernichtung setzt unter Beachtung der Realitäten in der Gegenwart neue Akzente.

Die politisch Verantwortlichen haben nach der Wende dieses zentrale Volkshaus mit seinen großartigen Möglichkeiten und seiner Einmaligkeit in Europa zu einem Schandmal gemacht.

Durch den langjährigen Protest wurde es zum Mahnmal.

Der vernichtete Palast der Republik ist heute aber auch zu einem Symbol des Protestes gegen den verfehlten Einigungsprozess in Deutschland geworden.

Mit der Palastvernichtung und den Vorbehalten gegen das Projekt „Schloss – Humboldt - Forum“ wird eine Blamage der Herrschenden dieses Landes erkennbar, deren nationale und internationale Dimension nicht zu übersehen ist.

Auch in diesem Sinne lebt der Palast eben nicht nur in den Erinnerungen seiner Besucher, Mitarbeiter und Erbauer fort.

Die politisch gewollte Palastvernichtung ist ein beispielloses nicht verjährendes kulturpolitisches Verbrechen der neueren deutschen Geschichte, an dem mehrere Bundeskanzler, Minister, Politiker, die tonangebenden Medien und fragwürdige Vereine beteiligt sind.

Sie ist ein eindeutiger, konkret nachweisbarer Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und gegen den Einigungsvertrag.

Der Freundeskreis Palast der Republik wendet sich im Rahmen seines Wirkens als ein Träger dieses Protestes gegen jede Geschichtsentsorgung bzw. einseitige Geschichtsdarstellung, pflegt die Erinnerung an den Palast und betreibt Recherchen zum Thema vor und nach der Palastschließung, stellt Fragen und Forderungen.

In Ausstellungen und auf seinen Internetseiten werden Fakten und aktuelle Erkenntnisse der Öffentlichkeit übergeben.

Mit mehreren Ausstellungen und anderen Aktivitäten erinnert der Freundeskreis Palast der Republik an den 25. Jahrestag der Palastschließung.

Aus diesem Anlass hat der Freundeskreis 25 Thesen zum Palast der Republik und Schlossplatz Berlin – 1990 – 2015 der Öffentlichkeit übergeben. Sie sind abrufbar auf den Internetseiten des Freundeskreises bzw. des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

### **Freundeskreis Palast der Republik**

Berlin, September 2015

Rudolf Denner,  
Sprecher des Freundeskreises  
Tel/Fax:030/9912254  
Mail: r.denner@gmx.de

Dieter Lämpe,  
Pressesprecher  
Tel:03342/318473

Im Internet

[www.palastschaustelle.eu](http://www.palastschaustelle.eu)

<http://www.okv-ev.de>